



Vereinigung der Deutsch-Griechischen Gesellschaften e. V.

Rundbrief der Präsidentin der VDGG e.V.
2010

Bonn, 08. März

Liebe Mitglieder der Deutsch-Griechischen Gesellschaften,
Liebe Freunde Griechenlands,

Seit dem Ende des 2. Weltkriegs waren die deutsch-griechischen Beziehungen im öffentlichen Bewusstsein nicht so starken Belastungen ausgesetzt, wie heute.

Begonnen hat es mit einer unsäglich polemischen, in weiten Teilen durch weitgehende sachliche Unkenntnis glänzenden Berichterstattung in den deutschen Medien – Zeitungen, Journale und Fernsehen – private wie öffentlich-rechtliche Sender über die Finanzsituation Griechenlands. Diese nahm im Verlauf der letzten Woche die Form einer gezielten Kampagne an, die auch vor politischer Pornografie und offen diskriminierenden Äußerungen gegen „die Griechen“ nicht zurückschreckte.

Dieses hat dann leider aber, wie zu erwarten war, zu einem „Gegenschlag“ in der griechischen Öffentlichkeit geführt und auch zu heftigen Reaktionen bei den Griechinnen und Griechen in Deutschland, die zu Recht über diese Art der Berichterstattung verärgert waren. Die Politik, d.h. Regierung und Parlamentarier haben bis auf die allerletzten Tage sehr wenig dazu beigetragen, die „Hooligans“ der Regierungsparteien öffentlich zur Ordnung zu rufen oder gar grob diskriminierende Äußerungen zu kritisieren. Nur einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben sich verantwortlich geäußert, Martin Schulz, Eva Harms und Jorgo Chatzimarkakis. Erst anlässlich des Papandreou-Besuches in Berlin hat es positive Äußerungen zu einem Teil der Probleme durch Bundeskanzlerin Angela Merkel, Walter Steinmeier, Siegmund Gabriel und Cem Özdemir gegeben. Keiner hat dabei aber auf die ebenso wichtige wie konstruktive Rolle der etwa 350 000 Griechinnen und Griechen in Deutschland und auf ihren Beitrag in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und im Arbeitsleben hingewiesen und sie vor derartigen Angriffen in Schutz genommen. Immerhin hat Bundestagspräsident Norbert Lammert die diskriminierenden z.T. lächerlichen Äußerungen von Abgeordneten des deutschen Bundestages öffentlich in einer Presseerklärung gerügt.

Mitgliedsgesellschaften der VDGG haben sich an dieser Art von Diskussion erfreulicherweise nicht beteiligt. Als Dachverband haben wir uns zunächst bemüht, auf unserer Website die Position der griechischen Regierung und die ersten Kontrapositionen der Wirtschaftszeitungen nebeneinander öffentlich zu machen. Angesichts der Flut der Veröffentlichungen haben wir dies nicht mehr leisten können; später haben wir darauf bewusst verzichtet, unsachliche Angriffe und Schmutz wiederzugeben.

Ich bitte Sie in dieser schwierigen Situation ebenso herzlich wie dringend, wie bisher aufklärend und im Sinne einer guten Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Griechen tätig zu werden; es ist genug an Amphoren und Porzellan zerschlagen worden.

Einige sachlich korrekte Stellungnahmen in den Medien und Artikel aus dem Bereich von deutschen Wirtschaftswissenschaftlern sind bereits erschienen, so z.B. vom Chefökonom der UNCTAD Heiner Flassbeck, dem Mitglied des

Sachverständigenrates Prof. Peter Bofinger sowie dem Direktor des IMK Prof. Gustav Horn.

Aus dem gesellschaftlichen Bereich haben sich bisher nur die Gewerkschaften deutlich und korrekt zu Griechenland im europäischen Kontext geäußert und sich gegen Finanzspekulant, Wucherzinsen und Lohnsenkungen auf breiter Front gewandt – so der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske, das DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki, sowie mit mehreren Erklärungen der Europäische Gewerkschaftsbund. Sie haben deutlich gemacht, dass wir es in Griechenland nur zum Teil mit einem hausgemachten Problem zu tun haben, sondern vielmehr mit einer Problematik, die für viele Länder Europas zutrifft, deren Staatshaushalte zum Teil noch höher belastet sind als der Griechenlands. Englands Defizit beläuft sich z.B.: auf 12,5 % vom Bruttosozialprodukt, Spaniens auf 12,4 % und Italien ist noch höher verschuldet als Griechenland.

Griechenland – und nun auch Großbritannien – werden aber von den Finanzhaien angegriffen, weil sie am verwundbarsten erscheinen. In der gegenwärtigen Situation bekommen sie leider keine konkrete Hilfe in der Not, sondern nur gute Ratschläge, sich selbst zu helfen. Es ist beschämend, wenn sich Ministerpräsident Papandreou mit der Bitte um Hilfe an die USA und den Internationalen Währungsfond wenden müsste.

Europa hätte dann ersichtlich versagt gegenüber den kleineren Ländern Europas –wie schon bei den „Rettungs“-aktionen gegenüber den baltischen Staaten, Ungarn, Portugal und Irland. Die stärkeren Länder in der EU – wie z.B. Großbritannien und die Niederlande gegenüber Island – nehmen sich das Recht des Stärkeren heraus und spielen zusätzlich den Spekulanten und internationalen Großbanken in die Hände.

Wie soll Griechenland seine Staatsverschuldung systematisch abtragen,

- wenn es ohne Unterstützung der EU bzw seiner großen Länder 3%- 5% mehr Zinsen zahlen muss als derzeit Deutschland für seine Staatsanleihen.
- Wenn es während der Gespräche von Präsident Sarkozy genötigt wird, 6 Fregatten in Frankreich zu bestellen und Aussenminister Westerwelle öffentlich bei seinem Antrittsbesuch für den Kauf von Eurofighter wirbt?
Allein der Systempreis der Fregatten entspricht nach Schätzungen dem Wert des 3. Einsparungspaketes der griechischen Regierung, das vor allem zu Lasten der unteren Einkommensschichten läuft.
- Dabei könnte Griechenland, wenn es denn nicht 20 % vom BSP Steuerquote, sondern 27 % wie der Durchschnitt der Industrieländer (OECD) hätte, seine laufenden Staatsausgaben unter normalen Verhältnissen in der Weltwirtschaft gut bezahlen und wenn es seinen Verteidigungshaushalt halbieren könnte, der derzeit gemessen am BSP prozentual der höchste in der NATO und mehr als doppelt so hoch wie der Deutschlands ist, in einem Zeitraum von 15 – 20 % Jahren in etwa auf das französische Niveau kommen könnte.

In beiden Fällen könnten wir Griechenland aber auch den kleinen Ländern, die von den Finanzhaien oder ihren Nachbarn bedroht werden, einfach helfen:

- Mit einem Verbot von Leerverkäufen bei Staatsanleihen (sog. Naked CDS) und
- mit einem klaren Wort Deutschlands an die Adresse der Türkei und einer Garantie der EU an die Türkei, das seinen Militärs freie Hand lässt, nahezu täglich in den Luftraum Griechenlands einzudringen.

Was wäre eigentlich in Europa los, wenn nahezu täglich russische Kampffjets über Rügen, Rostock und Kiel im Tiefflug donnerten?

Die Vertreter der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank, Herr Stark, aber auch Ottmar Issing und die Deutsche Bundesbank schweigen zu all dem. Für sie sind nicht die Spekulationen gegen Griechenland, die hohen Verteidigungsausgaben oder die niedrige Steuerquote Griechenlands verbunden mit der grassierenden Korruption das Problem, sondern die Höhe der Löhne und die Sozialausgaben – beide übrigens deutlich unter dem deutschen Niveau. Obwohl Ministerpräsident Papandreou ein in der Geschichte Griechenlands einmalig hartes, aber sozial einigermaßen ausgewogenes Sparprogramm aufgelegt hatte, das er jüngst auf Druck der EU-Kommission, der EZB um zwei noch zwei weitere, für die unteren Einkommensschichten noch härtere Programme, ergänzt hat. Das griechische Parlament hat das unter dem akuten Druck der drohenden Insolvenz am vergangenen Freitag verabschiedet.

Es gibt gute ökonomische Gründe, warum eine solche Politik in einer weltweiten und europäischen Krise kontraproduktiv sein wird und via Griechenland die wirtschaftliche und soziale Stabilität des Balkans, vor allem Albanien aber auch Bulgarien, bedrohen kann. Wenn all diese auf der Hand liegenden Gründe nicht beachtet werden, liegt für mich nahe, dass nicht Griechenland das erstrangige Ziel dieser Kampagne ist, sondern weiterreichende Ziele damit verfolgt werden – kommen doch die Stichworte deutlich von der deutschen Bundesbank und den internationalen Bankenkreisen nahestehenden Personen wie Ottmar Issing und aus dem deutschen Finanzministerium. Es liegt nahe, dass man in der EU-Kommission und EZB den Sack (Griechenland) schlägt und in Wirklichkeit den Esel (die südlichen Länder Europas) meint, und zusätzlich eine härtere Sparpolitik in der gesamten EU und vor allem in Deutschland zu Lasten breiter Bevölkerungsschichten vorbereitet.

Das griechische Volk hat im vergangenen Jahr eine neue Regierung mit unbestritten hoher Sachkenntnis und Verantwortungsbereitschaft gewählt. „Die“ Griechen wissen wie ihre verantwortliche Regierung, dass sich grundlegend etwas in Griechenland ändern muss:

- Im Staat, seiner Administration und wichtigen öffentlichen Dienstleistungen wie Renten- und Krankenversicherung sowie dem Bildungswesen
- In der Produktivität der Wirtschaft und
- In der öffentlichen und wirtschaftlichen Moral

Der neue Ministerpräsident Giorgos Papandreou hat die Probleme offen mehrfach ohne Schönen der Lage in Regierungserklärungen angesprochen und bisher die öffentliche Meinung – über 60 % der Griechen auf seiner Seite.

In einer solchen Lage sollte man von Freunden und Verbündeten in Europa auf **Hilfe und Unterstützung rechnen können**, um die Angriffe der internationalen Spekulanten abwehren zu können. Fällt Griechenland ihnen zum Opfer fällt, folgt ein Staat nach dem anderen und dann käme das europäische Haus, ins Wanken, von dem wir bisher als Deutsche ökonomisch am meisten Nutzen haben.

Lassen wir uns dabei – wo immer es uns möglich ist - helfen, damit „die“ Griechen, unsere Griechen, eine reale Chance bekommen, die nötige neue Politik umzusetzen und tagtäglich zu leben.

Ihre
Sigrid Skarpelis-Sperk